

## Was Heine sagen würde

Zur Kolumne „Poesie im Kanzleramt“, FR-Meinung vom 6. Februar

Dieses würde Heinrich Heine zur Sozialpolitik der CDU/CSU (z.B. Lieferkettengesetz, Transaktionssteuer, Erbschaftsteuer) sagen – ich zitiere: „Hast Du viel, so wirst du bald noch viel mehr hinzu bekommen. / Wenn du wenig hast, wird dir das Wenige genommen. / Wenn du aber gar nichts hast, ach dann lasse dich begraben. / Denn ein Recht zu leben, Lump!, haben nur, die etwas haben.“ Susanne Helalat, Kassel

## Hähnchen am Buffet

Landleben: „Riechen und riechen lassen“, FR-Panorama vom 21. Januar

Auch wir hatten unser Erlebnis mit Menschen, die sich ländlicher Gefilde erfreuen, sich aber von den Begleitumständen gestört fühlen. Der im Artikel erwähnte Hahn vor den französischen Gerichtsschranken animiert uns zu berichten: Urlaub an der türkischen Adria. Jeden Morgen in der Frühe weckte uns ein Hahnenschrei. Willkommen Anlass, sich noch einmal umzudrehen. Andere Hotelgäste fühlten sich gestört, und es halgelte Beschwerden. Bald konnten wir beobachten, wie zwei Männer den Hahn aus dem Gehege nahmen und mit lachenden Gesichtern zur Küche brachten. Der Hahn schrie nicht mehr. Nach heimlicher Verschwörung mit anderen Gästen beschwerten wir uns darüber. Man versicherte uns, er wäre zu einem auswärtigen Platz gebracht worden und würde noch leben. Wir waren uns aber sicher, dass am nächsten Tag Hähnchenteile am Buffet lagen. Adolf und Ilse Wich, Frankfurt

### SORRY

Die Ziffern 5 und 6 liegen auf einer handelsüblichen Computertastatur nur einen halben Zentimeter auseinander. Vielleicht ist so zu erklären, warum das Godesberger Programm der SPD in der FR vom 4.2. („Nun wollen sie mich auch politisch morden“, S.28) aus dem Jahr 1969 stammt und nicht, wie es richtig gewesen wäre, aus dem Jahr 1959. Ja, ein halber Zentimeter kann zehn Jahre ausmachen! Peter Rosegger war ein österreichischer Schriftsteller aus der Steiermark. Seine Erzählungen über den „Waldbauernbub“ sind darum – anders, als es in unserem Text „Poesie im Kanzleramt“ (6.2., S.12) stand – nicht urbayerisch. In unserer beliebten Reihe „Die FR und die Geografie“ wollen wir uns heute der interessanten Frage widmen: Auf welcher deutschen Insel liegt Puttgarden? Auf: A) Barther Oie B) Kleiner Rohrplan C) Rügen (so die Antwort der FR laut Bildtext auf S.30, 8.2.) D) Oder vielleicht am Ende etwa doch auf Fehmarn?



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

**Alle Stimmen** dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20210208](http://frblog.de/lf-20210208).

**Sexueller Missbrauch** im Medizinbetrieb: Die FR-Redaktion recherchiert und sucht Betroffene, die berichten wollen, was ihnen widerfahren ist. Bitte lesen Sie: [frblog.de/uebergriffe](http://frblog.de/uebergriffe)

### FR ERLEBEN

**Andreas Schwarzkopf** moderiert „Keep calm and carry on? Europäische Sicherheitspolitik nach dem Brexit“. Darüber sprechen Katharina Barley (SPD), Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, der CDU-Europaabgeordnete David McAllister und Dirk Peters vom Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Aus dem Haus am Dom. Das Gespräch wird gestreamt unter: [youtube.be/Th\\_gBckW-54](https://youtube.be/Th_gBckW-54)  
**Mittwoch, 24. Februar, 19 Uhr**

## Verheerender Irrtum mit Verfassungsrang

Zu: „Hände weg von der Schuldenbremse“, FR-Politik vom 27. Januar

Am 27. März 2011 fand in Hessen eine Volksabstimmung über das „Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Gesetz zur Schuldenbremse)“ statt. Der Landtag hatte diese Verfassungsänderung am 15.12.2010 beschlossen. 70 Prozent der Bürger, die an der Abstimmung teilnahmen, waren dafür. Bereits am 29. Mai 2009 hatte der Bundestag einer entsprechenden Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109) mit Zwei-Drittel-Mehrheit zugestimmt. Damit erhielt ein verheerender staatspolitischer Irrtum Verfassungsrang. Die Ausgaben des Staates sollten sich nicht mehr an strukturellen und sozialen Notwendigkeiten orientieren, sondern an den Regeln des Neoliberalismus. Der proklamiert aus privatwirt-

schaftlichem Eigeninteresse einen schwachen Staat, der nur geringe Steuern erhebt. Die unumgänglichen Investitionen der Allgemeinheit wurden bewusst als Schulden diskreditiert. Bereits vor der Verabschiedung zeichnete sich der Trend zur schrankenlosen Einflussnahme durch Konzerne ab. Gerhard Schröders Agendapolitik leistete entscheidende Hilfe. Die in den 1970er Jahren in der SPD kontrovers diskutierte Theorie vom staatsmonopolistischem Kapitalismus schien endgültig der Vergangenheit anzugehören. Und mit ihm die Überzeugung, dass die Schulden des Staates lediglich die Summe jener Steuern sind, die man nicht erhoben hatte.

Die Corona-Pandemie offenbart nun überdeutlich, wohin die

falsche Sparsamkeit der öffentlichen Hand führt. Nämlich zu miserabel ausgestatteten Schulen, einem privatisierten Gesundheitssystem, einer anachronistischen Verkehrsinfrastruktur und einer öffentlichen Verwaltung, an der die technischen Innovationen der letzten Jahrzehnte spurlos vorbegegangen sind.

Anscheinend bedurfte es erst eines prominenten Mahners, nämlich des Chefs des Bundeskanzleramts, Minister Helge Braun. Der hält die Aussetzung der Schuldenbremse für erforderlich und ertotete dafür sofort Widerspruch des Wirtschaftsflügels seiner Partei sowie den der Kleinpartei FDP. Doch Covid-19 gibt Anlass, vieles allzu Selbstverständliche infrage zu stellen.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

## Es geht um mehr als um Wiedergutmachung

Überlebende des Holocaust: „Noch können wir sie fragen“ und „US-Gerichte nicht zuständig“, FR-Feuilleton v. 5. Februar

Als langjähriger Leser und Abonnent der FR schätze ich es sehr, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, insbesondere mit der deutschen Geschichte, zu den festen Größen im Repertoire gehört. Wohltuend ist auch der durchgängig sensible Umgang mit Sprache, exemplarisch dafür war der unaufgeregte, sachorientierte Umgang mit der Frage nach der sprachlichen Gendgerechtigkeit. Was mir aber immer wieder auffällt, ist die unreflektierte Verwendung des Wortes „Nazi“. Zunächst und vor allem waren es Deutsche, die zwischen 1933 und 1945 im öffentlichen Leben, in Verwaltung, Gerichten, Betrieben und eben auch Konzentrationslagern dazu beigetra-

gen haben, dass es eine nationalsozialistische Diktatur geben konnte, mit allen Folgen. Von den „Nazis“ zu schreiben, wirkt immer so, als seien 1933 alienartige Wesen in Deutschland und Europa gelandet, um 1945 wieder zu verschwinden. Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass gab es lange vor 1933 in Deutschland, gibt es leider heute immer noch und wieder stärker.

Genau so problematisch ist der Umgang mit den Worten „jüdisch“ oder „Juden“. Es geht um die Zugehörigkeit zu einer Religion, nicht um eine Nationalität und schon gar nicht um eine „Rasse“. Wenn es in der Auseinandersetzung um die Rechtmäßigkeit der Besitzverhältnisse von

Kunst- und Kulturgütern geht wie dem Welfenschatz, kann man nicht von „deutsch-jüdischen Kunsthändler(n)“ schreiben. Es geht dann auch nicht um „jüdisches Eigentum“, wie es an anderer Stelle heißt. Es geht darum, dass der deutsche Staat in der Zeit des Nationalsozialismus die systematische Vernichtung von Menschen jüdischen Glaubens auch dazu genutzt hat, sich an deren Eigentum zu bereichern. Die Rechtsnachfolge dieses Staates muss sich der Verantwortung stellen, die aus diesen Vorgängen erwächst, in moralischer, kulturhistorischer und in wirtschaftlicher Hinsicht. Es geht um mehr als um Restitution.

Stephan Steinhoff, Bonn

## Demokratisch und weltoffen

Schauspielhaus Frankfurt: „Falsches Versprechen, vorgetäuschter Trost“, FR-Feuilleton vom 3. Februar

### Der geistige Zustand dieser Stadt

Der Artikel von Christian Thomas hat die Kritik am Wiederaufbau des Frankfurter Schauspielhaus, wie es die Postkarte von 1905 zeigt, wunderbar auf den Punkt gebracht. Was soll der Wiederaufbau eines aus verschiedenen Nachahmungsstilen zusammengestoppelten Gebäudes künftigen Generationen über den geistigen Zustand einer Stadt erzählen? Vielleicht würde man das Ewiggestrige der Architektur mit den politischen Auswüchsen wie z.B. den Reichsbürgern in Verbindung bringen. Frankfurt braucht ein Gebäude, das in Form und Technik auf der Höhe der Zeit ist und das demokratische und weltoffene Frankfurt symbolisiert.

Heidrun Anders, Mützenberg

### Dauerhaft, standfest, nützlich und schön

Mit dem Schlechtmachen der Gründerzeitarchitektur und der Polemik gegen die „Aktionsge-

meinschaft Schauspielhaus Frankfurt“ kann man keine überzeugende Argumentation gegen den Wiederaufbau des Schauspielhauses begründen. Das hat die Gründerzeitarchitektur nicht verdient. Lange wurde sie von der nachfolgenden Moderne ignoriert und verunglimpft. Obgleich sie das Jahrhundert in allen europäischen Staaten prägte, galt sie als stil- und charakterlos, als geist- und seelenloser Formalismus, oder, wenn man Kaiser Wilhelm II. zitiert, als „Gipfel der Geschmacklosigkeit“.

Es ist aber das Merkmal des architektonischen Historismus, mit einem Rückgriff auf die Stile der Baugeschichte die Bauaufgaben zu gestalten. Generationen von Architekten entwarfen die neuen Bauten im 19. Jahrhundert – Bahnhöfe, Krankenhäuser, Universitäten, Akademien, Fabriken, Theater, Kirchen, Parlamente und Wohnhäuser – auf diese Weise und im Sinne einer modernen Geisteshaltung. Die konstruktive Kernform oblag dabei den Ingenieuren, deren Ei-

senkonstruktionen sind „keine künstlerischen Elemente, ihnen fehlt jede gemütliche und feierliche Stimmung, sie sind seelenlos“, wie Semper schrieb. Die Hülle dagegen wurde von den Architekten durch Verkleidung und Dekoration in die Sphäre eines Kunstwerks erhoben, wie eindrucksvoll an der Opera Garnier in Paris zu studieren ist.

Natürlich gab es dabei gute und schlechte Ergebnisse, aber ehrliche oder „unehrliche Architektur“? Warum soll der Frankfurter Klassizismus als Rückgriff auf die griechische Sklavenhalterarchitektur ehrlicher sein als der Stilpluralismus des Schauspielhauses? Der Autor stellt nicht einmal die Frage, wie es in Frankfurt weitergehen soll. Dabei gibt es die Antwort darauf seit Vitruv: Im Geist der Zeit, am richtigen, dem derzeitigen Ort, dauerhaft standfest, nützlich und schön. Und von der Schönheit dürfte es ruhig etwas mehr geben. Dieter M. Kunze, Schwalbach

**Diskussion:** [frblog.de/schauspiel-2](http://frblog.de/schauspiel-2)